

Gewaltsame Zonierung der Welt und Wege der Migration¹

Der Presse konnte Mitte Mai entnommen werden, dass wieder über Tausend „boat people“ aus den verschiedenen Ländern Nord- und Westafrikas auf den kanarischen Inseln oder der italienischen Insel Lampedusa gestrandet seien. Das sei der Beginn einer neuen, schlepperorganisierten „Migrationswelle“, hieß es reißerisch in den Medien. Insgesamt seien bislang über 3.000 Immigranten dieses Jahr auf den Kanarischen Inseln angekommen. Nur halb so viele wie im Vorjahr.²

Das Elend der Menschen, die unter Einsatz ihres Lebens versuchen Europa zu erreichen, wird bewusst dramatisch inszeniert, obwohl bislang nur ein kleiner Teil der Migranten die riskanten Seerouten nach Europa einschlägt. Die meisten der als „illegal“ aufgegriffenen Immigranten sind sogenannte „Visa-Overstayers“, die legal nach Europa eingereist sind und ihren Aufenthalt selbstbestimmt verlängern.

Derartige informationsarme Zeitungsmeldungen über bevorstehende „Migrationswellen“ tragen vor allem dazu bei, Ängste zu schüren und die Akzeptanz militärischer Grenzaufrüstung und gewaltförmiger Deportationen in den Bevölkerungen der EU zu erhöhen. Sie sind ein Teil der herrschenden Bildproduktion über „illegale Migration“.

„Nützliche“ und „illegale Migration“

Nur wenige Tage später teilte die EU-Kommission mit, dass sie nun Maßnahmen ergreifen wolle, um gegen die Profiteure der Beschäftigung „illegal eingereister Immigranten“ mit schmerzhaften und strafrechtlichen Sanktionen vorzugehen. Zugleich teilt der Vizepräsident der Kommission, Franco Frattini, verantwortlich für Freiheit, Justiz und Sicherheit, mit, die EU wolle im Rahmen ihres Gesamtansatzes Migration „die legale Arbeitsmigration“ durch „Mobilitätspartnerschaften“ mit Drittstaaten sowie die „zirkuläre“ Migration anstoßen. Die Entsendestaaten müssten sich zur Rücknahme ihrer Staatsangehörigen verpflichten.³ In diesen Kontext gehören die Vorstellungen des EU-Entwicklungskommissars, Louis Michel, „Jobcenter“ in Afrika zu gründen.⁴

Diese Meldungen können das Dilemma der EU im Umgang mit der unkontrollierten Immigration trefflich veranschaulichen. Es geht der EU darum, die Kontrolle über die Auswirkungen der transnationalen Wanderungsbewegungen wiederzugewinnen (vgl. Düvell 2002: 158ff.), indem sie die unkontrollierte Migration und die unregulierte Niederlassung in Europa verstärkt nach Nützlichkeitskriterien zu scheiden beabsichtigt. Es geht ihr, grob formuliert, um das Management qualifizierter Einwanderung und bedarfsgerechter Rotationsmigration in die arbeitsintensiven Wirtschaftssektoren.

Dieses Modell des primär wirtschaftlich ausgerichteten Migrationsmanagements findet sich wieder in den weltweit agierenden internationalen Organisationen, exemplarisch in der *International Organisation for Migration* (IOM). Hier werden nach dem Vorbild der WTO-Abkommen Konzepte einer Steuerung der Migrationsprozesse entworfen. So hat beispielsweise der Direktor des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs, Thomas Straubhaar, bereits im Jahr 2000 ein *General Agreement on Movements of People* vorgeschlagen (vgl. Straubhaar 2000). Dieses sich herausbildende „globale Migrationsregime“ zielt auf eine umfassende Kontrolle und Steuerung der Wanderungsbewegungen sowie auf eine

¹ Der Artikel erschien zuerst in: WeltTrends – Zeitschrift für internationale Politik, Nr. 57, Winter 2007/2008, S. 116 – 122.

² vgl. Frankfurter Rundschau, 16./17.5.2007.

³ vgl. taz, 18.5.2007.

⁴ vgl. Die Welt, 10.4.2007.

Aussonderung der im kapitalistischen Verwertungsinteresse „Weltüberflüssigen“. Die „Arbeitsmigration“ würde nach diesen politischen Konzepten durch ein transnationales Regelsystem verwaltet. Politische Flüchtlinge, wertschöpfungsschwache, unausgebildete, alte, kranke oder renitente Migranten würden den (trans)nationalen und europäischen Institutionen der Aussonderung und Einhegung überlassen.

Militarisierung der Migrationspolitik

Nach den Attentaten des 11. September 2001 sind die Themen Migration und „Sicherheit“ noch fester miteinander verwoben. In allen relevanten militärischen Strategiekonzeptionen wird inzwischen die Definition von „Sicherheit“ von der sogenannten Landesverteidigung entkoppelt, begrifflich gedehnt und geographisch entgrenzt. Dadurch verwischen die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit, wie an den gängigen Bedrohungswahrnehmungen ersichtlich ist (Terrorismus, Organisierte Kriminalität, illegale Migration, Proliferation). Die globalen Sicherheitsrisiken und dementsprechend die europäischen, sicherheitsstrategisch ausgemachten „Schutzinteressen“ werden grenzenlos. Als globale sicherheitspolitische Risiken, deren Wirkungen bis nach Europa reichen können, werden u.a. destabilisierende Konflikte, „*failed states*“, die Unterbrechung von Rohstofftransportwegen, Energiesicherheit, Migration, Pandemien und die Folgen des Klimawandels ausgemacht.

Exemplarisch: Das feierliche Bekenntnis, „die illegale Einwanderung“ zu bekämpfen, eine in allen migrationsbezogenen Dokumenten der EU gebräuchliche Formel, wurde „in letzter Minute“ in die Erklärung der EU anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge im März 2007 aufgenommen.⁵ Es ist eine offene Kampfansage an die unkontrollierte Migration aus dem globalen Süden in die wohlhabenden Zentren des Nordens, wie gering dieselbe im globalen Maßstab auch ausfallen mag.

Der Begriff der „illegalen Migration“ wird in ein grob geschnittes, Polizeien (u.a. Frontex) präventiv ermächtigendes Feindbildraster aufgenommen. Der unerlaubte Grenzübertritt wird zu einem kriminellen Akt umdefiniert, der die Menschen in der EU vorgeblich bedrohe. Diese offizielle Feindbildproduktion verwandelt Migranten in bedrohliche Eindringlinge. Sie geraten damit unter Generalverdacht. Erst die politisch absichtsvoll betriebenen Vermischungen unkontrollierter Migration mit kriminellen Verbrechen lassen die allgemeine Grenzaufrüstung und einen menschenrechtswidrigen Umgang mit Immigranten gerechtfertigt erscheinen.

Ich zitiere noch einmal aus der EU-Erklärung zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge. Nachdem dort zuversichtlich festgestellt wurde, Europa werde die zunehmende weltweite Verflechtung der Wirtschaft und den immer weiter wachsenden Wettbewerb auf den internationalen Märkten nach seinen Wertvorstellungen gestalten können, beginnt der nächste Absatz mit einem kriegerischen Trommelwirbel: „Wir werden den Terrorismus, die organisierte Kriminalität und die illegale Einwanderung bekämpfen. Die Freiheits- und Bürgerrechte werden wir dabei auch im Kampf gegen ihre Gegner verteidigen.“⁶ Damit wird die undokumentierte Immigration in Gegnerschaft zu Freiheit und Bürgerrechten in Europa gesetzt!

Der sicherheits- und migrationspolitische Diskurs in der EU produziert, sich wechselseitig beeinflussend und aufeinander beziehend, erst das öffentliche Feindbild der „illegalen Migration“, das wiederum Grundlage für deren Bekämpfung darstellt. An den militarisierten Außengrenzen Europas nimmt eine derart legitimierte „Bekämpfung der illegalen Migration“ die Gestalt eines permanenten Ausnahmezustandes an: Die „illegalen Migranten“ werden

⁵ vgl. die „Berliner Erklärung“, http://www.eu2007.de/de/News/download_docs/Maerz/0324-RAA/German.pdf (abgerufen am 2.10.2007)

⁶ ebd.

getötet, kollektiv deportiert, ihr Rechtsschutz wird ausgehebelt und ihre mögliche Flüchtlingseigenschaft missachtet. Sie erfahren das von der EU in Anspruch genommene Recht, gegen den unerlaubten Grenzübertritt vorzugehen und unerwünschte Menschen von ihrem Territorium fernzuhalten, vor allem gewaltförmig. Recht und Gewalt werden für sie unterschiedslos.

Aufrüstung an den Grenzen zwischen Reich und Arm

Der Ausnahmezustand und die Gewalt an den Grenzen, vor allem an den Südgrenzen Europas, sind in den letzten Jahren eskaliert. Sowohl auf den kanarischen Inseln und an der Westküste Afrikas als auch rund um das Mittelmeer ist inzwischen ein Kranz von unterschiedlichen Internierungslagern und Haftzentren für undokumentierte Migranten und Flüchtlinge entstanden (vgl. Flüchtlingsrat Niedersachsen 2005). Die Lager werden in jeweiliger nationaler Regie betrieben, teils europäisch finanziert und errichtet. Komplettiert wird die europäische Lagerpolitik durch bilaterale oder europäisch abgeschlossene Rückübernahmeabkommen mit den afrikanischen Anrainerstaaten. In allen europäisch-afrikanischen entwicklungspolitischen Abkommen sind inzwischen Klauseln enthalten, die zur Rücknahme von Deportierten verpflichten.

Das europäische Grenzregime hat sich inzwischen weit auf jene Nord- und Westafrikanischen Staaten ausgedehnt, die mit der EU kooperieren: Gelder der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit werden für migrationspolitische Kollaboration im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik oder der Euro-Mediterranen Partnerschaft eingesetzt. Die militarisierte Grenzsicherung hat inzwischen viele Transitrouten der Migration blockiert, so dass sich in den angrenzenden Staaten Migrations- und Fluchtbewegungen stauen, die dort wiederum der Gewalt von Polizei, Paramilitärs und Migrationsbeamten ausgesetzt sind.

Menschenrechtsorganisationen beklagen zunehmend, dass die Nordafrikanischen Staaten durch die europäische Strategie der Exterritorialisierung der Grenzkontrollen auch die Aufgabe der Repression gegen Migranten und Flüchtlinge zugewiesen bekommen hätten. Spanische Migrant*innenverbände schätzen, dass bei dem Versuch, die kanarischen Inseln zu erreichen, allein im letzten Jahr etwa 6.000 Menschen ertrunken seien. Alle diese Menschen, ausgestattet mit menschlicher Würde und „unveräußerlichen Menschenrechten“, sind ertrunken, verhungert oder erfroren, weil sie in „Europa“ als bedrohliche Eindringlinge und als wirtschaftlich „Überflüssige“ angesehen werden (vgl. Vogelskamp 2007).

Die Gründe des Aufbruchs von Millionen liegen in den weltweit ungleichen Lebensbedingungen und den darin gründenden ungleich verteilten Lebenschancen. Etienne Balibar konstatiert, „dass die Globalisierung unterschiedlicher Formen extremer Gewalt eine Teilung der globalisierten Welt in Zonen des Lebens und Zonen des Todes hervorgebracht hat. Zwischen diesen Zonen existieren fragile ultimative Grenzen, die neue Fragen hinsichtlich der Einheit und Fragmentierung der Welt aufwerfen“ (Balibar 2001, 2). Die europäische Migrationspolitik dient der Aufrechterhaltung einer weltweiten Ungleichheitsordnung und ihrer gewaltförmigen Zonierung. Das ist ihr Kern, vor dem die humanitär gesinnten Nichtregierungsorganisationen ihren analytischen Blick verschließen. Migrationspolitik ist eine Facette der Herrschaftssicherung zugunsten der reichen Länder des Nordens.

Einteilung der Menschheit

Werden die Szenarien zukünftiger Migrationsprozesse aufgerufen, dann deutet alles auf eine verstärkte Migration aus Afrika in den nächsten Jahrzehnten hin, die die europäischen Außengrenzen zu einem exponierten Konfliktraum werden lassen. Die Europäische Kommission hat in ihrem „umfassenden europäischen Migrationskonzept“ mit dem nicht

unverdächtigen Titel „Gesamtansatz zur Migrationsfrage“ den Schwerpunkt auf die Migration aus Afrika gelegt.

Nur kurz skizziert seien erstens die Folgen des Klimawandels. Wenn die Prognosen der UN stimmen, schreitet die weltweite Verwüstung stetig voran, so dass bis zum Jahr 2025 zwei Drittel des bebauten Ackerlandes in Afrika verschwunden sein werden. Weltweit werden laut UN dann 135 Millionen Menschen nach neuen Lebensgrundlagen suchen. Für Umweltflüchtlinge gibt es keine völkerrechtlichen Regelungen. Aber was bedeutet das? Verteilungskonflikte werden angeheizt und der Wanderungsdruck auf die Slumgürtel der großen afrikanischen Städte wird sich erhöhen, die jedoch kaum noch aufnahmefähig sind. Selbstredend sind solche katastrophischen Migrationsszenarien nur mit Vorsicht zu verwenden. Ihre wissenschaftliche Belastbarkeit kann kaum überprüft werden. Gleichwohl deuten alle Indikatoren auf eine folgenschwere Ausbreitung der Trockengebiete hin⁷. Politisch problematisiert werden zweitens die rasch wachsenden Bevölkerungen Afrikas. Über die Hälfte der mehr als 800 Mio. Menschen auf dem afrikanischen Kontinent ist unter 18 Jahre alt. Man schätzt, dass weniger als ein Zehntel beim Eintritt ins Erwachsenenalter einen regulären Job finden wird. Bevölkerungswissenschaftler und „Terrorismusexperten“ sehen in diesem „Jugendüberschuss“ Afrikas eine wachsende Bedrohung Europas, da perspektivlose Jugendliche vor allem in islamischen Ländern ein günstiges terroristisches Rekrutierungsfeld darstellten. Aber auch Migrationsforscher und die EU erkennen einen „wachsenden Migrationsdruck“ auf Europa, da gut ausgebildete junge Erwachsene ohne gesellschaftliche Perspektive den Weg nach Europa suchen werden.

Einen weiteren Aspekt benennt Samir Amin, Direktor des Dritte Welt Forums in Dakar. Er beschreibt, wie sich Landwirtschaft und Besitzverhältnisse auf dem Land global veränderten, setzten sich die Entwicklungskonzepte der Welthandelsorganisation (WTO) in der Landwirtschaft durch: Etwa 3 Milliarden Menschen, rund die Hälfte der Weltbevölkerung, würden ihre Lebensgrundlagen in der Landwirtschaft verlieren. Auf europäischer Ebene wird genau eine solche Politik beispielsweise gegenüber den Maghrebstaaten betrieben, wenn in ein paar Jahren, institutionalisiert über den Barcelona-Prozess, eine Freihandelszone entstehen soll. Samir Amin schreibt: „Eine Forcierung der Kapitalisierung der Landwirtschaft wird nämlich nichts weniger als den sozialen Genozid der Hälfte der Menschheit [die noch in bäuerlichen Zusammenhängen und von der Landwirtschaft leben, D.V.] nach sich ziehen. Für sie gäbe es keinen Platz mehr. Mehr noch: Unter der exklusiven Logik wirtschaftlicher Rationalität und finanzieller Effizienz wären sie nicht nur ineffizient, sondern gänzlich überflüssig. Nach der kapitalistischen Logik gehörten sie ausgelöscht.“ (Amin 2004, 819) Die afrikanische Sozialforums-Aktivistin und ehemalige malische Ministerin Aminata Traore hat die zwischen der EU und den AKP-Staaten verhandelten Freihandelsabkommen (*Regional Economic Partnership Agreements*) als die Massenvernichtungswaffen Europas bezeichnet, weil sie die afrikanischen Wirtschaften, die industriellen Kleinbetriebe und kleinbäuerlichen Existenzen zerstörten. Aminata Traore: „Afrika ist ein Teil der Welt. Die arrogante Weise, mit der der Westen Afrika in ein Ghetto verwandeln will, ist nichts anderes als Rassismus.“⁸

Die Überlebensstrategien der Migration

Die offensive „Bekämpfung der illegalen Migration“ in der EU wird fortwährend mit den Überlebensstrategien der MigrantInnen konfrontiert. Der Aufbruch der Menschen wird sich nicht stoppen lassen. Migration gehört zu den Überlebensstrategien jener Menschen, die in den Depressions- und Verwüstungszonen der Globalisierung zu leben gezwungen sind. Die Menschen sind nicht nur passiv den ökonomischen und politischen Entwicklungen

⁷ vgl. zur UN-Wüstenkonferenz: taz, 4.9.2007.

⁸ taz, 6.7.2007

unterworfen, sondern Subjekte, die (politisch) entscheiden, handeln und ihre Initiativen in der Migration ergreifen. Die Forderung nach dem Recht eines jeden Menschen, sich frei auf der Welt bewegen und über seine eigene Zukunft entscheiden zu können, wird darum auf den Weltsozialforen und ersten transnationalen Treffen mit drängender Stimme des globalen Südens artikuliert. Neue Netzwerke entstehen über nationale Grenzen hinweg, in denen Informationen ausgetauscht und gemeinsame Aktionen koordiniert werden.

Es gibt hingegen seitens der kapital- und militärmächtigen Staaten bislang keine Antwort auf die Frage, wie die „überschüssige Menschheit“ in den globalen Kapitalverwertungsprozess integriert werden könnte. (vgl. Davis 2007, insbesondere das Kapitel „Eine überschüssige Menschheit?“ S. 184 ff)

Samir Amin schlussfolgert: „Die Entwicklung hat einen Punkt erreicht, an dem die weitere Ausdehnung des Kapitalismus keinen der ‚Überflüssigen‘ in ein Arbeitsverhältnis zurückführen wird, weder in den Zentren noch in der Peripherie. Die Fähigkeit des Systems Menschen zu integrieren, liegt heute um ein Vielfaches niedriger als vor 50 oder 100 Jahren ...“. (Amin 2004, 820) Diese halten vor allem, wie ich zu zeigen versucht habe, eine militärische Antwort parat. Der Kampf der EU gegen die „illegale Migration“ ist Teil eines Krieges gegen die trikontinentale Massenarmut. Die EU rüstet für eine Zukunft, die menschenrechtlich nichts Positives erwarten lässt.

Literatur

Amin, Samir (2004), Der kapitalistische Genozid, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 48, Heft 7, S. 817-824.

Balibar, Etienne (2001), Topographie der Grausamkeit. Staatsbürgerschaft und Menschenrechte in Zeiten globaler Gewaltverhältnisse, in: „Subtropen“ Nr. 8, S. 1-3, Beilage zur „Jungle World“ vom 12. Dezember 2001.

Davis, Mike (2007): Planet der Slums, Berlin: Assoziation A.

Düvell, Frank (2002): Die Globalisierung des Migrationsregimes. Zur neuen Einwanderungspolitik in Europa, Berlin: Assoziation A.

Flüchtlingsrat Niedersachsen u.a. (2005): AusgeLAGERT. Exterritoriale Lager und der EU-Aufmarsch an den Mittelmeergrenzen, Berlin: Assoziation A

Straubhaar, Thomas (2000), Why do we need a General Agreement on Movements of People (GAMP)?, HWWA Discussion Paper 94, HWWA 2000.

Vogelskamp, Dirk (2007): Jenseits der Menschenrechte. Der europäische Kampf gegen die undokumentierte Migration, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.), Jahrbuch 2007, Menschenrechte und Völkerrecht, Münster: Westfälisches Dampfboot.